

Werbung verpönt, aber nur mit Mühe abzuschaffen

Die Stadt sieht sich nicht in der Lage, alle illegalen Reklamebanner zu entfernen.

Von *Thomas Raulf*

Unna. Die Stadt Unna soll rigoros gegen nicht genehmigte Werbung im öffentlichen Raum vorgehen. Darin herrscht Einigkeit in der Politik. Eine konsequente Umsetzung dieser Forderung wird aber am Personalmangel scheitern.

Hintergrund einer Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss war ein Antrag des Unnaer Architekten Rainer Kimpel. Ihn ärgert die „optische Verschmutzung“ des Stadtbildes durch die „Häufung von Werbetafeln“. Teils würden wie an der Hertingerstraße extra hohe Zäune errichtet, um noch mehr Werbefläche vermarkten zu können. Werbung verunstaltet zunehmend das Stadtbild, die Stadt solle alle nicht genehmigten Werbeschilder entfernen lassen.

Mit dem Wort „alle“ mache er es der Stadtverwaltung aber unmöglich, den Antrag umzusetzen, meint Baudirektor Michael Ott. Massiven Verstößen gegen geltende Richtlinien für Werbung könne die Stadt nachgehen. Gegen alle illegalen Werbeschilder vorzugehen, sei hingegen nicht leistbar.

Würde in Fällen wie an der Hertingerstraße nicht einge-

schritten, dann würde die Stadt verschandelt, meint Rolf-Dieter Beyersdorf (CDU). Beim Verdacht, dass Werbung nicht genehmigt sei, müsse das auf alle Fälle überprüft werden, auch aus Gründen der Gleichbehandlung, so CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich. Er erinnerte daran, dass auch Kommunalpolitikern strenge Werbeeregeln für Wahlkämpfe auferlegt werden.

Zudem sieht Fröhlich in einigen Fällen von aufdringlicher Werbung eine Gefährdung des Straßenverkehrs. Ähnlich argumentiert FLU-Fraktionschef Klaus Göldner. Einige dieser Tafeln seien deswegen sicher unzulässig, die Stadt habe die Pflicht, einzuschreiten. Und wenn nicht jetzt, dann bestehe die Gefahr, dass mehr und höhere Zäune errichtet werden, um sie für Werbung zu vermieten, meint Ines Nieders-Mollik (Bündnisgrüne). „Wir sind einer Meinung, wir wollen diese Werbung nicht“, fasste Bernd Dreisbusch (SPD) als Ausschussvorsitzender zusammen. Die Stadtverwaltung solle aber auch nicht unter zeitlichen Druck gesetzt werden. Innerhalb von 14 Tagen sei sicher nicht alles umzusetzen.